

Häfner, Ulrike 2004:

Was seit den 90er Jahren blieb. NGO's über mädchen- und frauenpolitische Strukturen im Land Brandenburg.

In: FrauenLand Brandenburg?! Das Abschlussplenum der 14. Brandenburgischen Frauenwoche – Dokumentation. Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V., S. 19-21. - Frauenplenum: 22.März 2004

„FrauenLandBrandenburg?!“

Werte Abgeordnete, Frau Staatssekretärin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitstreiterinnen - .

Mein Name ist Ulrike Häfner. Ich bin Projektleiterin der KuKMA. Hinter KuKMA verbirgt sich die Kontakt- und Koordinierungsstelle für außerschulische Mädchenarbeit im Land Brandenburg. KuKMA wird seit 1993 als Projekt vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen (MASGF) gefördert und befindet sich in Trägerschaft einer NGO, der Paritätischen Sozial- und Beratungszentrum gGmbH.

KuKMA ist in erster Linie eine Fach- und Dienstleistungseinrichtung für Interessierte aus: Mädchenprojekten, Einrichtungen von freien und öffentlichen Trägern der Jugendhilfe, Kolleginnen aus Frauenzentren/Frauenhäusern, Gleichstellungsbeauftragte, Mitarbeiterinnen aus Schulen oder auch der Arbeitsverwaltung, der IHK, Vereinen und Verbänden u.s.w.. Die unmittelbare Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen ist nicht der Arbeitsauftrag. Vielmehr sollen diejenigen, welche mit Mädchen und jungen Frauen arbeiten sollen und wollen, mit Rat und Tat Unterstützung erhalten. Wenden sich Mädchen und junge Frauen direkt an die KuKMA, sind wir bemüht, ihnen ein erreichbares und möglichst passgenaues Hilfeangebot zu vermitteln. Hierbei kann jedoch nur auf die uns bekannten sofern noch bestehenden Projekte und Einrichtungen verwiesen werden, ohne Gewährleistung des Qualitätsniveaus. Die KuKMA ist also weniger eine Einrichtung, welche sich unmittelbar an die Mädchen und jungen Frauen wendet, sondern eher eine Hilfe und Unterstützung vermittelndes Projekt für Fachkräfte und Einrichtungen. Gleichzeitig arbeitet die KuKMA mit einem interessenpolitischen Mandat und vertritt die Bedarfe der Mädchen und jungen Frauen sowie der mädchenpolitischen Praxis gegenüber Entscheidungsgremien. So also auch hier und heute. Mädchenpolitisches Anliegen der KuKMA ist: eine soziale Infrastruktur in Brandenburg mit zu entwickeln, welche Bedingungen für Mädchen und junge Frauen schafft, wirtschaftliche, soziale und kulturelle sowie bürgerlich-politische Teilhabemöglichkeiten zu leben. Kurzum, es geht um die Förderung von Gleichberechtigung und dem Abbau von Benachteiligung, mittels spezifischer Angebote und durch Veränderungen gesellschaftlicher Strukturen.

Wie steht es um die Förderung mädchenpolitischer Strukturen im Land Brandenburg?

Für die Förderung von landesweiten Basisstrukturen hat sich seit der politischen Wende insbesondere das MASGF verdient gemacht. Das ist insofern ungewöhnlich, dass im Gegensatz zu anderen neuen Bundesländern, in Brandenburg die Politik rasch erkannt hat, dass ein Mindeststandard von mädchen- und frauenpolitischer Strukturförderung unerlässlich ist, um lebensweltorientierte Jugend-, Frauen-, Familien-, Sozialpolitik überhaupt wirksam zu platzieren. Das MASGF initiierte und finanziert z.T. gleichstellungsfördernde Angebotsstrukturen für Mädchen und junge Frauen, also Mädchenarbeit als eine Querschnittsaufgabe. - Die Kinderschuhe so mancher NGO und freier Träger wurden vom MASGF finanziert.

Das für solche Querschnittsaufgaben ebenfalls originär zuständige Fachministerium, das Ministerium für Jugend, Bildung und Sport (MBS) engagierte sich bisher verhalten - abgesehen von einem landesweitem Modellvorhaben zur Förderung von Angeboten geschlechtsdifferenzierter Jugendhilfe. Das war 1999... .

Von den mädchenpolitischen Ansätzen 90-er Jahren sind seither nur noch Rudimente übrig. Heute hat auch das MASGF bei weitem nicht mehr gleiche Möglichkeiten. Die Strukturförderung für Mädchenarbeit gleicht längst einem Tropfen auf dem heißen Stein. Schnell keimt da der Vorwurf auf, die KuKMA erfülle eine Feigenblattfunktion und diene lediglich als Alibi unflexibler und antiquierter Landespolitik. Ist solch ein Vorwurf aus der KuKMA-Arbeit heraus zu entkräften...?

Eine gleichstellungspolitische Zielsetzung in der Kinder- und Jugendhilfe des Landes fehlt gänzlich. Den Erfahrungen der Initiatorinnen mädchenpädagogischer und mädchenpolitischer Praxis nach, verhallen die jugendpolitischen Willensbekundungen ohne nachhaltige Wirkung. Zwar gibt es eindeutige rechtliche Prämissen, welche die Ausgestaltung sämtlicher Angebote und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe betreffen (SGB VIII),

doch die Praxis zeigt, den unterschiedlichen Lebens- und Bedürfnislagen von Mädchen und Jungen, jungen Frauen und jungen Männern wird nur in Ausnahmen Rechnung getragen. Die überörtliche und örtliche öffentliche Kinder- und Jugendhilfe hat ein überwiegend additives Verständnis von Mädchenarbeit. Von der Verwirklichung einer rechtlich verbürgten Querschnittsarbeit sind wir weit entfernt. Wen wundert's also - die notwendigen und radikalen Einsparungen in Zeiten leerer Kassen treffen zuerst jene Leistungen, die zusätzlich, nicht zwingend oder gar als Luxus angesehen werden.

Übrig geblieben sind aus den Bemühungen des MASGF und MBSJ, vereinzelte Mädchenprojekte, denen ansatzweise es gelungen ist, auch in Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe Fuß zu fassen. Selbstverständlich ist das nicht. Zu sehr ist die Förderung von Mädchenarbeit abhängig von der persönlichen Meinung und dem Wohlwollen örtlicher Entscheidungsträger. Fachlich fundierte und evaluativ begründete Argumente für Mädchenarbeit werden überhört. Viele kinder- und jugendpolitische EntscheidungsträgerInnen scheinen mit ihrem Fachwissen nicht auf der Höhe der Zeit bzw. setzten sich damit nicht ausreichend durch. Mädchenarbeit fehlt die Lobby. - mit gravierenden Folgen.:

Die existenzielle Not verhindert eine Verstetigung der Angebote. Geschlechtsbewusste Qualitätsentwicklungsprozesse können kaum stattfinden. Regionale Vernetzung mit verändernder Wirkung in die Jugendhilfe hinein ist damit nicht möglich. Mädchenarbeit als gesellschaftsverändernder Querschnittsauftrag, also auch die der Kinder- und Jugendhilfe, fortschrittlicher Familienpolitik usw. betreffend, gerät zur Farce. Darüber hinaus Gerechtigkeitsansprüche für angrenzende Lebensbereiche zu formulieren und gar durchzusetzen bleibt eine Vision.

Bisherige, wenige und oftmals unzureichend an den Bedürfnissen weiblicher Adressatinnen ausgerichtete Hilfen und Unterstützungsangebote, werden vielmehr den Sparzwängen geopfert, anstatt Umdenken und notwendige Perspektivwechsel einzuleiten. Dabei müssten 1. verknappte Ressourcen, 2. der demographische Wandel, 3. die Pisaergebnisse und 4. die gebotene Kooperation von Jugendhilfe und Schule, zur Neuorientierung im Interesse von Mädchen und Jungen, jungen Frauen und jungen Männern zwingen.

Der derzeitige Rückbau von Leistungen ist eine skandalös fachliche und interessenpolitische Einbuße. Sparopfer sind nicht als Umsteuerung umzudeuten. Unter einem zeitgemäßen Leitbild von Frauen- und Familienpolitik ist eine, an den Lebenswelten von Mädchen und Jungen, jungen Frauen und Männern orientierte, Kinder- und Jugendhilfe, in Kombination mit gleichstellungs- und familienpolitischer Strukturförderung, mit auf den Sozialraum abgestimmten Qualitäten, Gebot der Stunde.

Warum das alles? – Die Vorgaben des Gender Mainstreamings in Kombination mit der Abwanderung junger Frauen aus Brandenburg, stellt nicht nur – aber insbesondere für die Kinder- und Jugendhilfe ein folgenreiches Problem dar. Arbeitslosigkeit, die Suche nach möglicher Erwerbstätigkeit und Problematiken fehlender Ausbildungsplätze, lassen den Strom der „Republikflüchtigen“ seit 1989 nicht abreißen. In den vergangenen Jahren wie auch heute zogen mehr jüngere Frauen fort als zu. In den letzten fünf Jahren verließen 4.700 der 15- bis unter 20-Jährigen jungen Frauen das Land. In der Altersgruppe der 20- bis unter 25-jährigen 16.400. Auch die potenziellen Mütter im Alter von 25 bis unter 30 Jahren dominierten die Fortzüge.

In den Jahren 2000 bis 2002 lag die Abwanderungsrate von Frauen bereits bei 62,8 %.

Die jungen mobilen und bestens für die beruflichen Perspektiven gerüsteten Frauen verlassen also scharenweise das Land. Brandenburg überaltert. Der Geburtenrückgang Mitte der 90' Jahre führte dazu, dass Kindertagesbetreuungsangebote abgebaut wurden. Nun werden Schulen schließen, andere werden Ganztageseinrichtungen. Kinder- und Jugendhilfeangebote, also auch Mädchenarbeit, werden nicht mehr an den Aufenthaltsorten der AdressatInnen vorzufinden sein.

Allein die Schulstandortveränderungen und außergewöhnliche Mobilitätsanforderungen sind folgenreich für Familien und deren Kinder. Mädchenarbeiterinnen und Gleichstellungsbeauftragte aller neuen Bundesländer teilen die Beobachtung, dass die ohnehin wenigen Möglichkeiten für Mädchen und junge Frauen und ganzheitlich orientiertes Arbeiten kaum mehr finanziert werden. Inwieweit die wenigen zu erhaltenden Angebote zukünftig überhaupt noch erreichbar sein werden, ist ungewiss. Hilfe- und Unterstützungsprofile müssen derzeit Spezialisierungen aufweisen um überhaupt förderbar zu sein. Es gibt scheinbar Expertinnen und Experten für jedwedes Problem. Nur, die Themen von Mädchen und Frauen finden sich darin kaum wider, denn ihre Lebenswelt ist viel komplexer und verwoben. Ihre Fragen lassen sich nicht so einfach filetieren. Spezialistentum

und die Abgrenzung von Ressorts, rigide Zuständigkeiten und Verantwortungslosigkeit erschweren also gebotene Kooperationen und die Öffnung für Neues. Gelingt es beispielsweise der Kinder- und Jugendhilfe nicht, sich zeitgemäß zu profilieren, bleiben einerseits die AdressatInnen aus, andererseits droht sie als Hilfestellung schulischer Bildung subsumiert zu werden.

Alarmieren sollte uns alle, dass, laut einer Untersuchung des BMFSFJ, sich Mädchen und junge Frauen in Not weniger an Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sondern zunehmend an örtliche Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte wenden. Da sich Brandenburg auch diese spart, können wir annehmen, dass es für Mädchen und junge Frauen kaum noch ein annehmbares System sozialer Hilfen und Sicherheiten gibt!

Wenn engagierte Fachfrauen Konzepte entwickeln und Förderanträge stellen, sofern überhaupt noch eine Subventionierung in Aussicht, dann doch nur für Benachteiligte, sogenannte Betroffene, Menschen mit Auffälligkeiten und besonderen Förderbedarf, Menschen die nicht „funktionieren“, die unangepasst sind weil sie irgendwie „nicht richtig“ sind, defizitär. Was bleibt übrig – Lebenslustige, bestens qualifizierte junge Frauen mit Träumen und Visionen, müssen, um ihre Rechte einlösen zu können, sich freiwillig Stigmatisierungen unterwerfen und sich damit als Mängelwesen klassifizieren. Da scheint es doch wirklich am besten und naheliegendsten, den Ort zu verlassen, an dem sich junge Frauen zum einen nicht gewollt fühlen zum andern kaum existenzsichernde Perspektiven erkennbar sind.

Sie können sich nun selbst ausrechnen, welche Menschen, aus welchen Gründen, in Brandenburg verbleiben und sich die Folgen ausmahlen.

So schließt sich die Frage an - sollte also ein Land so mit seiner Zukunftsressource umgehen?

Faktisch sind die Folgen fehlender Sensibilität für Geschlechterverhältnisse schon heute nicht zu übersehen. Die sich monetär gezwungenermaßen verändernde geschlechtshomogene wie auch koedukative Angebotsstruktur spricht Mädchen und junge Frauen immer weniger an. Sie finden keine Antworten auf ihre Fragen, Sorgen und Nöte, allein weil dies vielschichtig, verwoben, schwer präzisierbar usw. sind, also nicht in die üblichen Kataloge von Hilfe- und Unterstützungsbedarfe passen. Und, sie lassen sich nicht auf Problemlagen reduzieren, sondern stellen gleichzeitig Forderungen und wollen viel in ihrem Leben erreichen. Aber es ist eine Zumutung: ständig kämpfen zu müssen - mit sich, der Zukunft, mit der sozialen Umwelt. Zu viel sind ebenfalls die vermeintlich ganz individuelle Krisen: bestehend aus schwer formulierbaren Enttäuschungen, Ängsten, Verhaltenserwartungen, Verletzungen

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, werte Abgeordnete: die Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen solcher vermeintlich persönlichen Krisen sind Resultate sozialstaatlichen Versagens. Und diese Rechnung zahlen wir alle.

Kinder- und Jugendhilfe vollführt derzeit einen akrobatisch anmutenden Balanceakt, ohne jedoch z.B. Jugendhilfeplanung zukunftsfähig, prognostisch und geschlechtergerecht zu qualifizieren. Wenn Mädchen und junge Frauen fernbleiben, heißt dies, es sei kein Bedarf vorhanden. Solch eine Triviallogik ist verantwortungslos und m.A.n. sträflich. Dass das Fernbleiben der Mädchen eine Abstimmung mit den Füßen ist wird schlicht ignoriert. Dabei ist seit 25 Jahren hinlänglich bekannt, dass unreflektierte und angeblich so geschlechtsneutralen Angebote Mädchen und junge Frauen verfehlen. Ändert sich dies nicht, tragen wohlmeinende Absichten vielmehr zur Diskriminierung bei.

Jugend-, Frauen- und FamilienpolitikerInnen müssen ihrem Mandat zu Demokratie und Sozialstaat konsequent Folge leisten. Die Zeichen der Zeit wahrnehmend, müssen Verantwortliche in die Verantwortung genommen werden und dürfen den Dialog mit den Expertinnen Sozialer Arbeit nicht verweigern!

Wer könnten denn Ihre Dialogpartnerinnen sein?

Auch im Land Brandenburg gibt es ein Netzwerk/eine Landesarbeitsgemeinschaft (LAG), welche sich mit den Belangen von Mädchen und jungen Frauen befasst und bemüht ist, die raren Angebotsformen zur Förderung von Gleichberechtigung und Chancengleichheit fachlich zu unterstützen. Die Akteurinnen leisten diese Arbeit ehrenamtlich und zusätzlich zu bestehenden Arbeitserfordernissen. Eine formale und organisatorische oder gar finanzierte Unterstützungsstruktur gibt es dafür nicht. Seit dem Sommer 2002 ist die LAG Mädchenpolitisches Netzwerk im Land Brandenburg wegen Mangels existenzieller Ressourcen (es fehlen: Kolleginnen, Fahrgeld, Arbeitszeit etc.) nicht mehr arbeitsfähig. Finanzpolitische Entscheidungen der Kommunen, Gemeinden, Kreise

und des Landes ließen seither ca. 50% der bis 2002 verblieben Mädchenprojekte und gleichstellungsfördernder Einrichtungen/Institutionen schwinden. Wissen, Erfahrungen, politische Gestaltungskraft nehmen Monat für Monat ab. Perspektivlosigkeit schwärzt jede Vision. Die desolante Situation der wenigen Praxiseinrichtungen verhindert verbindliche Vernetzung. Es gibt in dem Netzwerk z.B. keine Kandidatinnen für die Wahl neuer Sprecherinnen. Dem entsprechend gibt es und kann es auch künftig für landesweite Vernetzungsarbeit keine namentliche Ansprechpartnerinnen geben. Soweit zeitlich zu realisieren, nimmt also die KuKMA in Vertretung der LAG an Veranstaltungen teil. Sie sorgt für die nötige Transparenz untereinander und äußert sich zu fachpolitischen Sachverhalten mit dem Hinweis der Unvollständigkeit auf Grund der gegenwärtigen Arbeitsbedingungen. Das Dilemma wird so offen und so viel wie möglich beim Namen genannt. Ohne jemanden persönlich brüskieren zu wollen - die Kritik trifft hier in erster Linie die örtliche öffentlich Kinder- und Jugendhilfe, gleichwohl auch Jene, die soziale Strukturpolitik parlamentarisch zu verantworten haben.

Vertreterinnen der gegenwärtig verbliebenen Mädchenprojekte haben sich bewusst dafür entschieden, nicht die Landesarbeitsgemeinschaft aufzulösen, obgleich es dafür ausreichend Gründe gäbe. Ausschlaggebend für diesen Entschluss war und ist, eine Tür offen zu halten für neue Frauen, für neue Projekte, für neue Ideen. Darin vereinen sich interessenpolitische Verantwortungsübernahme und die Hoffnung auf Veränderungen, an der sie alle beteiligt sein könnten. Gleichwohl ist der Erhalt der LAG Legitimation, dennoch die landesweite Vernetzung in Minimalvariante aufrecht zu erhalten. Der Austausch, Vernetzung und die Weitergabe von Wissen sind also nach wie vor ein erklärtes Anliegen der LAG und der KuKMA. Eine dahinter liegende Absicht ist, alte und neue Mitstreiterinnen soweit zu motivieren, dass diese die losen Enden aufnehmen und das Netz neu knüpfen. Bewährte informelle Trampelfade und eine weitgehend solidarische Gemeinschaft sind durchaus ein Fundament, zu Neuem und von neuem aufzubrechen. Berufsoptimistinnen sind davon überzeugt, es werden Frauen kommen, genau dies und noch viel mehr tun!

Doch seien wir realistisch, ohne Geld wird dies kein feingesponnenes Netzwerk, sondern bleibt eine träge Eintagsfliege. Ist es das was Sie wollen?

Ich hingegen unterstelle allen hier Anwesenden, Sie sind hier weil Sie Ideale haben, vielleicht nicht die Lösung parat, doch an einer gemeinsamen Lösungssuche interessiert sind

Der gesellschaftliche, ökonomische und demographische Wandel stellt das Bundesland Brandenburg vor neue sozialpolitische Herausforderungen. Problematiken eines hoch verschuldeten Flächenlandes, Armutsrisiken, die Situation, dass die Bevölkerung immer älter wird, wenig Kinder geboren werden und insbesondere junge Frauen zunehmend das Land verlassen, fordern zu neuen Handlungsstrategien auf. Brandenburg ist weder ein attraktiver Wirtschaftsstandort, noch ein Land, welches in naher Zukunft über ausreichend Humanressourcen verfügen wird. Psychosozial und materiell belastende Lebensbedingungen und die Sorge um künftige Lebensperspektiven wirken sich auf die Lebensgestaltung der jungen Menschen aus. Armut und Wohlstand definieren sich neu. Die Prognosen für Brandenburg stellen lokale Konzentrationen verbleibender Ressourcen in Aussicht. Insofern gewinnt das Gemeinwesen eine strategische Schlüsselposition, wenn es darum geht, neue Zukunftsperspektiven zu entwickeln sowie gleichzeitig, neue soziokulturelle und ökonomische Problemkumulationen, zu bewältigen. Die Bevölkerungsstruktur und daraus resultierende soziale und kulturelle Veränderungen prägen die alltägliche Lebensführung. Insofern sind neue Strategien erforderlich, um mit Blick auf die heranwachsenden Mädchen und Frauen, zukunftsfähige Lebensbedingungen schaffen zu können. Veränderte Bedingungen könnten zum Verbleiben im Land, zum Rückkehren oder zur Ansiedlung einladen. Für Mädchenarbeit heißt dies eine Aufmerksamkeitszentrierung für Mädchen/junge Frauen und ihre Lebenswelt zu entwickeln, ihre spezifischen Situationen ernst zu nehmen und entsprechende Strukturen und Räume zu schaffen bzw. zu nutzen. Diese Freiräume sind doppelt zu denken: als reale Räume und als ideelle Räume. Bedingungen für die Möglichkeiten gleichberechtigter Teilhabe wie auch die Ausgestaltung der Räume ist sowohl eine gemeinsame politische Herausforderungen als auch Aufgabe zukunftsorientierter Landespolitik.

Daher erwarten die NGOs und Praktikerinnen Brandenburgischer Mädchenarbeit ein klares politisches Bekenntnis ihrer Landesregierung zur Förderung von Mädchen und Frauen, welches sich deutlich und nachhaltig in den Strukturen niederschlagen muss. Dafür müssen einerseits inhaltliche Positionen bezogen werden, andererseits erfordert dies auch den Mut der PolitikerInnen und Politiker, neue und ungewöhnliche Finanzierungsmodelle zu erproben. Ein Vorschlag sei dafür: sämtliche Fachministerien stellen 3% ihres Budgets zur Verfügung und formulieren für die Verwendung dieser Mittel zeitlich terminierte und überprüfbare Ziele. Gleichzeitig muss

die bestehende, noch so spärliche, Strukturförderung für gleichstellungspolitische Aufgaben erhalten bleiben, vielmehr noch flächendeckend und bedarfsgerecht sowie lokal konkretisiert ausgebaut werden. Allein dies wäre die dringend gebotene Vorsorge, sich des notwendige Fachwissen zu versichern, welches Brandenburg braucht, um den aktuellen Entwicklungsherausforderungen angemessen begegnen zu können.

Daher wende ich mit dem Appell an Sie, wo auch immer Sie in Brandenburg arbeiten und leben, unterstützen Sie mädchenpolitische Aktivitäten, verwenden Sie sich für die Förderung von Mädchenarbeit – und es sei Ihnen versichert, dies zahlt sich aus, nicht nur in einem Wahljahr!

Ich bitte um Nachsicht für manch drastische Formulierung und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Ulrike Häfner - Projektleiterin der KuKMA